



FIS Briefing

26. Oktober 2020

Nr. 14

Sollten Migranten das gleiche Anrecht auf Sozialleistungen haben wie Deutsche? Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland¹

FIS Nachwuchsgruppe „Integration von Migranten/-innen und Einstellungen zum Sozialstaat (IMES)“

Marvin Brinkmann (MZES Universität Mannheim)

Katja Möhring (MZES Universität Mannheim)

Elias Naumann (MZES und SFB 884 „Politische Ökonomie von Reformen“, Universität Mannheim)

Vor dem Hintergrund der starken Zuwanderung nach Deutschland in den letzten Jahren wird die Rolle des Sozialstaats und seiner Legitimität kontrovers diskutiert. Zum einen unterstützt Sozialpolitik die Integration von Migrant/innen und trägt damit zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme bei. Zum anderen kann Migration die Legitimität des Sozialstaats untergraben, wenn die einheimische Bevölkerung einer Umverteilung hin zu Migrant/innen ablehnend gegenübersteht. Entsprechend gibt es immer wieder Stimmen, die fordern, dass Migranten nicht den gleichen Zugang zu Sozialleistungen haben sollten wie Deutsche. Unsere Forschungsergebnisse zeigen, dass es in Teilen der Bevölkerung Bedenken gibt, Migranten die gleichen Rechte auf sozialpolitische Leistungen zu gewähren wie Deutschen. Dieser Unterschied wird geringer, wenn Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft haben - bleibt aber auch mit deutscher Staatsbürgerschaft noch bestehen.

1. Darstellung der Forschungsergebnisse

Diese Studie untersucht die Legitimität von Arbeitslosengeld (ALG I) und Grundsicherung (ALGII) in der Bevölkerung in Deutschland. Wie viel Arbeitslosengeld (ALG I) sollte man bekommen, wenn man seine Arbeit verloren hat? Wie hoch sollte die Grundsicherung für Langzeitarbeitslose sein? Und sollten diese Leistungen gekürzt werden, wenn man nicht zu einem Termin bei der Arbeitsagentur erschienen

¹ Die in diesem FIS-Briefing vorgestellte Studie beruht auf einem Arbeitspapier „The citizenship gap. Citizenship and multiple social policy effects on attitudes to migrants welfare deservingness in Germany“. Sie beruht auf einem Vorgängerprojekt, das von der DFG im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 884 „Die Politische Ökonomie von Reformen“ noch bis Ende 2021 gefördert wird.

ist? Insbesondere untersuchen wir, ob diese Einstellungen davon abhängen, dass der potentielle Leistungsempfänger einen Migrationshintergrund hat.

Die Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage² aus dem Jahr 2019 zeigen, dass die Menschen in Deutschland grundsätzlich die aktuellen Regelungen unterstützen. Sie würden im Durchschnitt 59% des letzten Einkommens als ALGI bezahlen, halten eine ALGII in Höhe von 464€ für angemessen und würden diese Leistung um 28% kürzen, wenn jemand nicht zu einem Termin mit der Arbeitsagentur erschienen ist. Im Vergleich zu den aktuell gültigen Regelungen ist die Bevölkerung in Deutschland also etwas strenger, wenn es um ALGI und die Sanktionen geht, würde aber zu einer etwas höheren Grundsicherung (ALGII) tendieren.

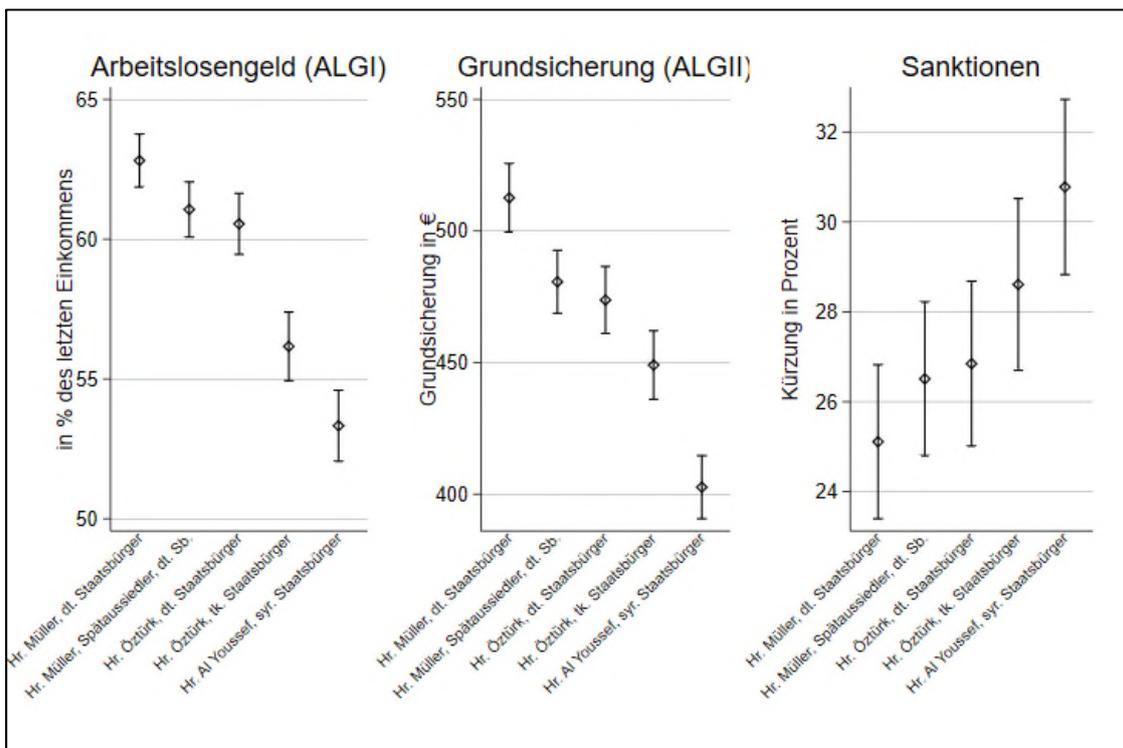


Abbildung 1 Einstellungen der deutschen Bevölkerung zum Leistungsbezug von verschiedenen Migrantengruppen

Diese Einstellungen hängen von der Herkunft der Arbeitslosen ab (Abb.1). Personen mit Migrationshintergrund –mit einem türkischen oder syrischen Namen – wird im Durchschnitt weniger ALGI und auch

² Unsere Daten beruhen auf den Antworten von mehr als 4500 Befragten des German Internet Panels, das an dem Sonderforschungsbereich „Politische Ökonomie von Reformen“ an der Universität Mannheim durchgeführt wird. Die Befragten bekamen von uns in der Umfrage eine Person vorgestellt, die ihre Arbeit verloren hat. Neben Informationen zum Alter, der Familiensituation, dem Grund des Arbeitsplatzverlustes und der Motivation eine neue Arbeit zu finden, haben wir den Befragten die Herkunft der Person (Deutscher, Aussiedler, Türke oder Syrer) mitgeteilt, sowie für die ersten drei Gruppen, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Jedem Befragten wird dabei ein zufällig ausgewähltes Profil eines Arbeitslosen angezeigt. Anschließend sollten die Befragten angeben, wie viel ALGI die Person bekommen soll (in % des letzten Einkommens), wie viel ALGII (in €), wenn nach zwölf Monaten keine neue Arbeit gefunden wurde und um wie viel diese Leistungen gekürzt werden sollten (in %), wenn die Person nicht zu einem Termin mit der Arbeitsagentur erschienen ist.

ALGII zugestanden und sie werden für einen verpassten Termin strenger bestraft als Personen mit einem deutschen Namen, unabhängig der anderen Eigenschaften. Beispielsweise wird einem Syrer mehr als 100€ weniger ALGII zuerkannt als einem Deutschen. Ein Türke mit türkischer Staatsbürgerschaft soll aus Sicht der Bevölkerung statt 510€ für einen Deutschen im Durchschnitt etwa 450€ ALGII bekommen. Diese deutliche Diskriminierung aufgrund der Herkunft der Befragten zeigt sich auch beim ALGI und bei den Sanktionen.

Die Staatsbürgerschaft gilt sowohl als Katalysator des Integrationsprozesses, als auch als ein deutliches Signal, dass die Integration in vielen Bereichen erfolgreich abgeschlossen ist. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die deutsche Staatsbürgerschaft tatsächlich die Diskriminierung verringert. Ein Türke mit deutscher Staatsbürgerschaft erhält im Vergleich zu einem ansonsten gleichen Türken ohne deutsche Staatsbürgerschaft mehr ALGI und mehr ALGII zugestanden und wird weniger hart sanktioniert. Dennoch bleibt bei den Leistungshöhen auch mit einer deutschen Staatsbürgerschaft ein Unterschied zu einem Deutschen ohne Migrationshintergrund bestehen.

2. Relevanz der Forschungsergebnisse für sozialpolitische Praxis und Gesellschaft

Die Staatsbürgerschaft ist ein wichtiger Baustein der Integrationspolitik. Wir zeigen, dass sie auch die Legitimität des Zugangs von Migranten zu Sozialleistungen in der Bevölkerung erhöht. Gleichzeitig bestehen offensichtlich auch mit Staatsbürgerschaft immer noch Bedenken, dass Migranten die gleichen Sozialleistungen bekommen sollten wie Deutsche. Eine Möglichkeit diese Diskriminierung weiter zu reduzieren ist, die positiven Auswirkungen von Sozialpolitik für den Integrationsprozess noch deutlicher in der Öffentlichkeit zu kommunizieren.

3. Herausforderungen im Forschungsprozess

Es ist nicht ganz klar, aus welchen Gründen die Bevölkerung Personen mit Migrationshintergrund trotz deren deutscher Staatsbürgerschaft diskriminieren – denkbar wären hier sowohl kulturelle Abneigungen gegenüber Migranten aber auch eigeninteressierte, materielle Abwägungen. Es ist anzunehmen, dass es nach wie vor die Wahrnehmung gibt, dass Personen mit Migrationshintergrund letztlich weniger zur Finanzierung der Sozialleistungen beitragen, sei es weil sie ein höheres Risiko haben arbeitslos zu werden oder weniger verdienen.

4. Ausblick für zukünftige Forschung

Wie die Bevölkerung in Deutschland die Integration und den Integrationserfolg von Migranten wahrnimmt, wird im Rahmen der durch FIS geförderten Nachwuchsgruppe „Integration von Migranten und Einstellungen zum Sozialstaat (IMES)“ vertieft untersucht. Insbesondere interessiert uns, wie weit verbreitet Fehlwahrnehmungen sind und welche Rolle sie dann für die Diskriminierung spielen.

Die Durchführung der Untersuchungen sowie die Schlussfolgerungen aus den Untersuchungen sind von den FIS-Geförderten in eigener wissenschaftlicher Verantwortung vorgenommen worden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übernimmt insbesondere keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Untersuchungen. Das Projekt wird über das Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung FIS finanziell gefördert.